

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

11. Ausgabe / 31. Jahrgang

Für Halle (Saale)

14. Dezember 2021

Für einen Haushalt mit sozialem Schwerpunkt!

Unsere Stadtratsfraktion wird mehrere Änderungsanträge zum Haushaltsplan des Jahres 2022 stellen. Dabei ist unseren Stadträt:innen klar, dass die Stadt große Finanzprobleme hat - allerdings verschärfen Sparkurs und Untätigkeit die sozialen Probleme noch mehr und sorgen dafür, dass das Leben der Hallenser:innen schlechter wird.

So ist es ja nicht nur auf kommunaler Ebene: Auch im Bund oder im Land hat eine strikte Austeritätspolitik immer nur zu noch größeren Problemen geführt. Vielmehr ist die Frage zentral, wie mit dem Geld umgegangen werden soll. Dafür hat die Fraktion mehrere Anträge gestellt, von denen wir zwei an dieser Stelle vorstellen wollen.

Zum einen wird beantragt, 25.000 Euro für einen Härtefallfonds zurückzulegen, der Menschen vor Strom- und Gassperren bewahren soll. Denn egal ob man seine Rechnungen bezahlen kann oder nicht: Jeder Mensch sollte heizen, kochen und das Licht in der Wohnung anmachen können. Dieses Recht wird bundesweit allerdings hunderttausenden Menschen verwehrt, bei denen aufgrund von ausstehenden Rechnungen Strom- und Gassperren verhängt werden. Wie problematisch diese Praxis gerade in Zeiten der Corona-Pandemie ist, hat die letzte Bundesregierung selbst zugegeben, da sie in der ersten Welle der Pandemie ein Moratorium für Energiesperren verhängt hat. Dieses ist aber seit dem Juni letzten Jahres ausgelaufen, ohne dass sich etwas an dem Problem geändert hätte. Gerade in der kalten Jahreszeit und kurz vor Weihnachten sind Energiesperren gefährlich, unsozial und für viele kaum vorstellbar. Aber es kann jeden und jede treffen. Diese Situation ist für uns nicht hinnehmbar. Wir wollen nicht, dass Hallenser:innen im Winter in ihren Wohnungen frieren. Deshalb werden wir die Einrichtung eines Härtefallfonds beantragen und fordern, dass die Mittel dafür im Haushalt für das

kommende Jahr eingestellt werden.

Uns ist klar, dass die finanzielle Lage unserer Stadt nicht rosig ist. Aber der beste Haushaltsplan bringt nichts, wenn die Menschen unserer Stadt dabei auf der Strecke bleiben.

Zum anderen hält die Stadtratsfraktion an der Forderung fest, das Haus der Wohnhilfe besser auszustatten. Deshalb haben wir im Zuge der Haushaltsverhandlungen beantragt, dass das Haus der Wohnhilfe 10.000 Euro für die Einrichtung abschließbarer Schränke bekommt. Damit hätten die dort nächtigenden Wohnungslosen endlich die Möglichkeit, ihr persönliches Hab und Gut einzuschließen. Der Bedarf besteht schon seit Jahren und wurde trotz Beschluss immer wieder auf die lange Bank geschoben, da es sich um eine sogenannte freiwillige Leistung handelt. Wir sind uns über die Problematik im klaren, wissen aber auch, dass das Haus der Wohnhilfe ein guter Anlaufpunkt für Menschen in Not sein muss. Dafür muss die Stadt Wohnungslosen das Recht einräumen, die Sicherheit ihres Eigentums und möglichst viel Privatsphäre zu wahren. Deshalb sind wir sehr froh darüber, dass der diesjährige Antrag bereits im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss angenommen wurde. Der Stadtrat sollte dieses sehr grundsätzliche Bedürfnis nicht ignorieren, sondern gemeinsam mit uns handeln und diese wichtige und soziale Investition tätigen. Zu diesen beiden genannten Anträgen kommen noch einige andere in den Bereichen Soziales und Kultur. Die Änderungsanträge wurden so ausgewählt, dass sie einen konkreten Nutzen für eine möglichst große Zahl der Bürger:innen Halles haben. Das Recht auf Privatsphäre, das Recht auf Energie, das Recht auf kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe - diese Rechte müssen verwirklicht und gestärkt werden. Und genau darum geht es im Haushalt: Um mehr als nur Zahlen. (LW)

Aus der letzten Stadtratssitzung am 24. November 2021

Es sollte wieder eine lange Stadtratssitzung werden! Mit einer aktuellen Fragestunde begann die Stadtratssitzung. Thema waren die Steinaufschüttungen am Saaleufer. Im Mai 2019 wurde in Folge der Fluthilfemaßnahmen dazu im Stadtrat der entsprechende Beschluss gefasst.

Die Tragweite, dass es sich hier um ein Landschaftsschutzgebiet handelt, war sicher vielen nicht bewusst. In der aktuellen Stunde trat auch Herr Prof. Brühlheide von der UNI Halle auf, der noch einmal darlegte, welche Auswirkungen diese Steinaufschüttungen für die Ökosysteme und Tierwelt haben. Inzwischen haben Anwälte von NABU und BUND gerichtliche Anordnungen erreicht, um die Steinschüttungen zu stoppen.

Durch einen Antrag der Grünen soll nun das Vorgehen weiter geprüft werden und letztlich die Steinschüttungen abgebrochen werden.

Im Bericht des Oberbürgermeisters ging es u.a. auch um den Weihnachtsmarkt in der Stadt Halle (Saale). Noch am Dienstag, einem Tag vor der Stadtratssitzung, wurde der Weihnachtsmarkt eröffnet. Am Mittwoch wieder geschlossen. „Schuld“ daran war eine Verordnung der Landesregierung, die faktisch über Nacht gekommen war. Der Bürgermeister Herr Geier führte dann aus, dass es Überlegungen mit der Citygemeinschaft, dem Stadtmarketing und dem Veranstaltungszentrum der Stadt Halle gäbe, um nach Lösungen zu suchen, den Weihnachtsmarkt wieder zu eröffnen. Inzwischen wissen wir, dass es gelungen ist! Für Diskussionen sorgte im Stadtrat ein Dringlichkeitsantrag von mehreren Fraktionen zum Hygienekonzept für den Stadtrat und seine Ausschüsse. Grund dafür waren bzw. sind die hohen Inzidenzen durch den Corona-Virus. Schließlich setzte sich die Entscheidung durch, dass die 3 G-Regelung greift und auch in den Ausschüssen nach einer Stunde, im Stadtrat nach 90 Minuten gelüftet werden muss, ein Mundschutz ist ebenfalls zu tragen....

Das Stadtbahnprogramm geht in Halle auch weiter.

Der Stadtrat bestätigte eine weitere Maßnahme. Diesmal geht es um die Paul-Suhr-Straße zwischen Vogelweide und Murmansker-Str.

Vor allem die „Gleistrasse“ soll mit diesem Programm verbessert werden. Immerhin fahren in diesem Abschnitt stündlich 24 Straßenbahnen! Positiv zu vermerken ist, dass es in diesem Abschnitt auch einen breiteren Radstreifen nach der Sanierung geben soll. Geplant sind diese Maßnahmen aber erst für das Jahr 2024.

Streit gab es im Stadtrat um ein geplantes Baugebiet in Halle-Dölau zwischen der Salzmünder Str. und dem Imkerweg. Wir lehnen dieses Wohngebiet auch ab. Anja Krimmling-Schoeffler sprach für unsere Fraktion dazu und argumentierte, dass hier wertvolle Ackerböden für den Wohnungsbau hergegeben werden und auch die Infrastruktur für die neuen Bürger*innen nicht ausreichen würde. Die Vorlage wurde noch einmal vertagt und wird uns an anderer Stelle noch einmal tangieren.

Gemeinsam mit anderen Fraktionen wollten wir erreichen, dass die Stadt Halle (Saale) sich um Fördermittel und Beratung bewirbt in einem Programm namens „100-climate-neutral cities by 2030“. Das Programm beinhaltet ein sehr ambitioniertes Klimaschutzziel bis zum Jahr 2030. Die Diskussionen dazu liefen im Stadtrat sehr unterschiedlich. Die CDU-Fraktion stellte daraufhin den Antrag, diesen Antrag noch einmal zur Diskussion in den Fachausschüssen zu vertagen. Dieser Antrag bekam - leider - eine Mehrheit. Leider deshalb, weil es faktisch mit dieser Zeitverschiebung ausgeschlossen ist, diese Bewerbung fristgemäß abzugeben.

Unsere Anträge zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung sowie zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Städtekoalition „Cities for Digital Rights“ wurden zur Beratung in die Fachausschüsse vertagt.

Ute Haupt

Corona gemeinsam besiegen - solidarische Notbremse jetzt!

Die Bundesregierung agiert in der 4. Pandemiewelle so kopflos als wäre es die allererste. In kaum einem Land steigen die Inzidenzzahlen aktuell stärker als in Deutschland. Anderswo in Europa schaut man ratlos nach Deutschland und fragt sich, was hier los ist. In der Tat, amtierende und neue Bundesregierung haben offenbar aus den zurückliegenden Erfahrungen nicht sehr viel gelernt.

Dass Impfzentren abgebaut und Gratistests ausgesetzt wurden sowie das völlige Chaos bei den Booster-Impfungen hat die amtierende Bundesregierung zu verantworten. Statt die Vergabe der Impftermine wie in der letzten Welle danach zu priorisieren, wer besonders gefährdet ist, wird der Impfstoff nach dem Prinzip „wer zuerst kommt, malt zuerst“ vergeben. Risikogruppen und Pflegeheime werden erneut im Stich gelassen. Dieses Vorgehen kostet Menschenleben. Die Untätigkeit nach Wochen steigender Zahlen liegt jedoch auch in der Verantwortung der kommenden Koalition aus SPD, Grünen und FDP. Die Krankenhäuser sind überfüllt, die Pflegekräfte am Limit und die Infektionszahlen steigen und steigen. Jeden Tag sterben Hunderte. Immer häufiger werden wichtige Behandlungen und Operationen in den Kliniken aufgeschoben. Es ist eine katastrophale Situation für Patient*innen, für Angehörige und die Beschäftigten in den Kliniken.

Mehr noch. Resignation, Apathie und Trauer, ja auch Wut und Zorn breiten sich aus im Land. Es wächst die Verzweiflung und das Misstrauen, es schwindet die Zuversicht. Das mindert nicht allein das individuelle Schutzverhalten vor der Pandemie, es erschüttert auch das gesellschaftliche Vertrauen in die Fähigkeit staatlichen Handels. Jede sinnvolle und solidarische Maßnahme zum Infektionsschutz schützt nicht nur gefährdete Menschen, sondern wird auch helfen, un-

sere Demokratie vor den anschwellenden Parolen rechter Verführer und falscher Propheten zu schützen.

Das Richtige zur richtigen Zeit tun.

Wir brauchen jetzt akute Maßnahmen.

DIE LINKE. steht an der Seite der Wissenschaft und fordert deshalb einen Lockdown sowie eine allgemeine Impfpflicht für Volljährige als Mittel zum Kampf gegen die herrschende Sars-CoV-2-Pandemie. Die Impfpflicht wird die vierte Welle nicht mehr brechen können, ist aber als ultima ratio ein entscheidendes Instrument, weitere Wellen zu verhindern und Menschenleben zu retten. Wir halten außerdem eine partielle und nur Berufsgruppegebundene Impfpflicht für unangebracht, da sie einerseits das Problem nicht lösen wird und andererseits noch mehr Druck und Verantwortung auf die Schultern des Pflegepersonals ablädt.“

Wir brauchen Handlungen und schnelle Entscheidungen. Die Erfahrungen aus den letzten drei Wellen haben gezeigt, dass nur ein frühzeitiges, energisches Einschreiten die Dauer der Maßnahmen deutlich senkt.

Es braucht daher schnelle Schritte, die endlich nach Kriterien wissenschaftlicher Erkenntnisse und der tatsächlichen Effizienz getroffen werden. Die Menschen sollen nicht schon wieder den ganzen Winter im Lockdown überdauern!

Ein Lockdown hätte durch frühzeitiges Handeln und relativ milde Maßnahmen vermieden werden können - so wie in vielen anderen Ländern auch. Das Desinteresse oder die Unfähigkeit der Bundesregierung aus den vergangenen Wellen zu lernen, macht fassungslos. Aber wir haben Vorschläge. Konkret und sofort.

Wir fordern:

Erstens, eine solidarische Notbremse. Das bedeutet

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Anja Krimmling-Schoeffler/
Jan Röttschke (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 250 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

09.12.2021

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 13.01.2022

die sofortige Kontaktreduktion und Absage von Großveranstaltungen. Dazu mehr Tests und das Recht auf Homeoffice, wo es irgend möglich ist. Alle Maßnahmen müssen sozial aufgefangen werden. Selbstständigen und Beschäftigten muss unbürokratischer und schneller geholfen werden als in den letzten Wellen. Wer in Kurzarbeit geht, muss 90 Prozent vom Lohn erhalten. Wer an die Vernunft der Menschen appelliert, sollte ihre Sorgen und Nöte respektieren und klar zusagen, dass niemand aufgrund neuerlicher Schließungsmaßnahmen zur Kontaktreduzierung seine Existenz verliert oder mit Einbußen rechnen muss. Es braucht einen lückenlosen sozialen Schutzschirm ohne Wenn und Aber.

Zweitens, für uns ist klar: Impfen ist ein Akt der Solidarität. Um die hiesige Impfquote zu erhöhen, sollten alle noch existierenden Hürden abgebaut werden. Wir brauchen Gespräche, Gespräche und wieder Gespräche. Ja, noch immer gilt: Geduldige Aufklärung hilft. Nicht bei allen, aber bei möglicherweise sehr vielen. Vor allem bei denjenigen, die mangels Sprachkenntnissen noch nicht genug wissen, oder auch bei jenen, die staatlichen Maßnahmen misstrauen. Es gibt mehr als einen Grund, warum Menschen noch nicht geimpft sind und es gibt einige Vorbehalte, die mit geduldiger Information beseitigt werden können. Wir empfehlen den Einsatz von mobilen Impfteams in den Stadtteilen, Impfzentren müssen wieder geöffnet, und eine neue proaktive und

transparente Impfkampagne gestartet werden. Booster-Impfungen sollen alle bekommen, aber zuerst jene, die am meisten gefährdet sind. Apotheken und Pflegeeinrichtungen müssen beteiligt und Abhol- und Bringdienste eingerichtet werden.

Drittens, damit diese erneute nationale Notbremse hoffentlich die letzte wird, muss auch international solidarisch agiert werden. Die Lizenzen für Impfstoffe müssen endlich global freigegeben werden, um das Risiko künftiger Mutationen und weiterer Pandemiewellen deutlich abzusenken. Die jüngste Entdeckung einer neuen Virusvariante zeigt, dass die Pandemie nur global besiegt werden kann, durch hohe Impfquoten weltweit.

Wir wissen:

Dort, wo die Menschen ihrem Gesundheitssystem vertrauen, sind die Impfquoten höher. Und das Bundesverfassungsgericht hat uns heute gesagt: Eine Bundesnotbremse ist verfassungsrechtlich erlaubt. Eine schnelle Notbremse ist also möglich. Es ist Zeit nach ihr zu greifen, damit im Winter so viele Menschen wie möglich geschützt werden. Nach zwei Jahren Corona haben die Menschen eine verantwortungsvolle Politik verdient, die ihre Sorgen und Nöte ernst nimmt; eine Politik mit Sorgfalt und Augenmaß, die sie schützt und ihnen eine soziale Sicherheit gibt, damit wir Corona gemeinsam besiegen können.

Bundespartei-Beschluss 2021/233

Gedanken zum Jahresausklang

Das Jahr 2021 hatte auch für den Stadtverband Halle einige Niederlagen in petto: Neben dem sehr schlechten Ergebnis der Bundestagswahl gab es einige Monate zuvor auch das ernüchternde Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt.

Vorher wurde immer wieder deutlich, dass immer wieder starke inhaltliche Differenzen zwischen Genoss:innen gibt und gleichzeitig aber - auch durch die Corona-Pandemie bedingt - die Foren zum Austausch gefehlt haben bzw. Konflikte häufig abmoderiert wurden.

Deshalb ist es kein Wunder, dass einige Auseinandersetzungen, vor allem auf der Bundesebene, nach dem

Wahlsonntag im September noch einmal verstärkt aufgetreten sind, was jetzt auf eine sich wieder verschärfende Corona-Lage trifft.

Deshalb war es sehr gut, dass wir uns auf der Basiskonferenz im Oktober und auf der Regionalkonferenz im November aussprechen konnten. Hier zeigte sich eine Fülle von Ansätzen, wie DIE LINKE in Halle, aber auf der Landes- und Bundesebene, wieder Fahrt aufnehmen kann. Die Konferenzen haben gezeigt, dass etliche engagierte Genoss:innen für eine starke politische Linke kämpfen und aktiv dafür eintreten wollen, dass es wieder aufwärts geht.

Denn wir sind der festen Überzeugung, dass DIE

LINKE gebraucht wird. Gerade in einer globalen Pandemie, in der die Ampel zwar einen warnenden Sozialdemokraten wie Karl Lauterbach zum Bundesgesundheitsminister macht, aber immer noch nicht über die Freigabe der Impfstoffpatente oder über eine echte Pflegeprämie nachdenken will. Auch unter der Ampel-Regierung bleibt Deutschland also der Bremsen, wenn es um soziale und globale Gerechtigkeit geht. Und es ist nicht davon auszugehen, dass man in Berlin oder - in Form der Deutschland-Koalition in Magdeburg - ernsthaft versucht, daran etwas zu ändern.

Die großen Herausforderungen unserer Zeit können offensichtlich nicht in der selbsternannten „politischen Mitte“ gelöst werden und erst Recht nicht von den Rechtsextremen der AfD.

Es braucht nicht nur ein linkes Korrektiv, sondern auch eine LINKE, die gestaltet. Auf der kommunalen Ebene macht das für uns die Stadtratsfraktion - eine zentrale Herausforderung wird es in den kommenden zwei Jahren auch sein, dieses Engagement zu erhalten, gemeinsam auszubauen und öffentlich zu machen. Denn die Kommunalpolitik macht es uns möglich, sich ganz konkret für die Interessen der überwältigenden

Mehrheit einzusetzen - für die Interessen derjenigen, die eine soziale Stadt brauchen, weil sie eben nicht alles aus eigener Tasche bezahlen können.

Für diese Herausforderungen - sei es der Klimawandel, sie soziale Ungleichheit oder der Rechtsextremismus, der in Form der Querdenker auch in Halle auf den Straßen tobt - brauchen wir aber nicht nur gute Umfragen oder Wahlgewinne, sondern Genoss:innen. Wir brauchen eine starke und aktive Mitgliedschaft, ohne die wir als Partei gar nicht existieren würden. Deshalb müssen wir im kommenden Jahr wieder genauso ins Gespräch kommen wie auf den genannten Konferenzen.

Wir müssen über Uneinigkeiten reden und Einigkeiten finden. Und wir müssen vor allem aktiv in der Stadt, in unserem direkten Umfeld sein und im Alltag an der Seite der Menschen stehen.

Dafür brauchen wir natürlich auch Kraft. Kraft, die wir im Idealfall auch während der anstehenden Feiertage tanken können. Denn das neue Jahr wird viele Aufgaben für uns bereithalten.

Aber so lange es Aufgaben für DIE LINKE gibt, wird sie gebraucht.

(LW)

Neue Transpis für den Stadtverband

Das vergangene Wochenende wurde von einigen unserer Mitglieder dafür genutzt, sich auf sicher bald kommende politische Auseinandersetzungen vorzubereiten. So wurde bspw. ein Transparent gegen die Aufspaltung und weitere Privatisierung der DB produziert, welches sich gegen die von FDP und GRÜ-

NEN geäußerten Pläne richtet. Für uns ist klar: Wenn die Ampel wieder nur die Koalition des neoliberalen Rückschritts wird, dann hat sie unseren Widerstand mehr als verdient und wird ihn auch bekommen. Wir stehen für einen starken öffentlichen Sektor und sind solidarisch mit der Bahngewerkschaft!





Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im
Monat Dezember Geburtstag haben.



Aus der Geschäftsstelle des Stadtverbandes

Liebe Genossinnen und Genossen,
zum Jahresende wie immer ein paar kurze Hinweise
aus der Geschäftsstelle:

Ich habe schon an anderer Stelle darauf hingewiesen,
dass am 15.12.2021 Kassenschluss ist. Das heißt,
dass bis dahin Beitragsbarzahlungen, Abrechnungen
u.Ä. erfolgen sollen. Da aufgrund der Hygiene-
bestimmungen der Linke Laden nur eingeschränkt
besetzt ist, benenne ich den 20.12.2021 als letzten
Termin für dieses Jahr.

Immer wieder müssen wir feststellen, dass euch Brie-
fe, E-Mails usw. nicht erreichen oder an die Ge-
schäftsstelle zurückkommen. Das liegt meist daran,
dass Wohnadressen oder E-Mail-Adressen nicht mehr
aktuell sind. Auch Telefon-Nummern ändern sich
manchmal.

Wir bitten euch daher dringend:

Bitte teilt der Geschäftsstelle mit, wenn sich eure
Daten geändert haben und auch, wenn dies in der
Zukunft der Fall sein sollte. Ihr würdet damit die
Arbeit des Stadtverbandes und der Geschäftsstelle
sehr unterstützen.

Eure Änderungen könnt ihr mitteilen:

* Schriftlich unter DIE LINKE Halle, Leitergasse 4,
06108 Halle (Saale)

* per Telefon unter 0345/20 255 90

* per E-Mail unter info@dielinke-halle.de

Ich wünsche euch noch eine schöne Adventszeit, ein
friedliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins
Jahr 2022, in welchem wir uns dann hoffentlich alle
gesund wiedersehen.

Lydia Roloff

**Der Stadtverband der Partei
DIE LINKE. Halle (Saale) und
die Redaktion des Linken Blat-
tes wünschen allen Genossinnen
und Genossen, Leserinnen und
Lesern ein frohes Weihnachts-
fest und ein gesundes, friedli-
ches Jahr 2022.**

Die erste Ausgabe des Linken Blattes im Jahr
2022 erscheint am 18. Januar.

Redaktionsschluss ist der 13. Januar.

Wo bleiben die Ostdeutschen am Kabinettstisch Scholz?

(Susanne Hennig-Welsow & Lorenz Gösta Beutin)

DIE LINKE fordert die neue Ampel-Regierung auf,
einen Regelungsvorschlag vorzulegen, der den in Ar-
tikel 36 Satz 1 des Grundgesetzes verlangten Länder-
proporz in einer Ost-Quote umsetzt.

„Noch nicht im Amt droht die Ampel-Koalition Men-
schen aus Ostdeutschland schon jetzt systematisch
und strukturell aus den hohen Sphären der Berliner
Regierungspolitik auszuschließen. Von zehn bisher
angedachten Regierungspositionen (Kanzler, Vize-
kanzler/Wirtschaft&Klimaschutz, Außenministerium,
Finanzen, Justiz, Landwirtschaft, Familie, Verkehr,
Umwelt, Bildung) ist nur eine (Umwelt) mit einer
Politikerin (B90/Grüne) besetzt, die über eine ost-
deutsche Biographie verfügt. Die angekündigte

Fortschrittskoalition scheint in Sachen Ost-West weiter
auf der Stelle zu treten“, kritisiert die Co-Vorsitzende
der Partei DIE LINKE aus Thüringen, Susanne Hennig-
Welsow.

„Die FDP ist und bleibt eine „Wessi-Partei“, alle der
vier der ihr zustehenden Ministerien haben die Neo-
liberalen mit Westdeutschen besetzt“, so Hennig-
Welsow.

Lorenz Gösta Beutin, Klimaexperte im Parteivor-
stand von DIE LINKE und Mitglied in der neu
gegründeten „Taskforce für Klimagerechtigkeit“ im
Linkspartei-Vorstand aus Kiel:

„Auch die bisher bekannt gewordenen Spitzen-Be-
setzungen für Staatsminister*innen durch Bündnis90/

Grüne sind ausschließlich westdeutsch. Sowohl die künftige Staatsministerin für Kultur und Medien beim Bundeskanzler als auch die vier vom designierten Minister für Wirtschaft und Klima, Robert Habeck angekündigten verbeamteten Staatsminister*innen kommen ausschließlich aus westdeutschen Bundesländern, was angesichts von Widerstand der Bevölkerung vor Ort gegen Kohleausstieg, Windkraft und Netzausbau ein völlig falsches Zeichen aussendet.

Auch das grüne Landwirtschaftsministerium gab die Ernennung einer neuen verbeamteten Staatsministerin bekannt, ebenfalls eine Westdeutsche. Gerade die Ministerien für die Mammutaufgabe der sozial-ökologischen Transformation Deutschlands brauchen Menschen mit Biographien und Erfahrungen in dem Teil der Bundesrepublik, die mit der Wiedervereinigung und anschließenden De-Industrialisierung historisch auf schwierige Umbrüche zurückblickt. Wir hatten in der Vergangenheit kritisiert, dass Ostdeutsche in der „Kohlekommission“, die in der letzten Legislaturperiode das klimapolitisch notwendige Ende der Kohleverstromung und den Strukturwandel aushandelte, deutlich unterrepräsentiert waren. Ohne die Menschen in Ostdeutschland aber ist eine sozial gerechte und pariskonforme Klimapolitik nicht machbar“.

Max Becker, Mitglied im Bundesparteivorstand und der „Taskforce für Klimagerechtigkeit“ in DIE LINKE erklärt:

„Als Anwältin der Ostdeutschen ist DIE LINKE enttäuscht über die künftige Ampel-Koalition. Im Koalitionsvertrag lesen wir: „Wir verbessern die Repräsentation Ostdeutscher in Führungspositionen und Entscheidungsgremien in allen Bereichen. Für die Ebene des Bundes legen wir bis Ende 2022 ein

Konzept zur Umsetzung vor. Die Erfahrungen der Ostdeutschen im Wandel und die Bedingungen für gelingende Transformation sollen im neuen „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ für zukünftige Herausforderungen erforscht und besser vermittelt werden.“ 30 Jahre nach der Wiedervereinigung brauchen die Ostdeutschen politische Teilhabe im hier und heute und eine laute Stimme am Kabinetttisch jetzt, statt mit noch einem Arbeitskreis abgepeist zu werden.

Der in Eisenach geborene Becker weiter: „Außerdem verspricht der Koalitionsvertrag: Wir werden intensiv daran arbeiten, die innere Einheit sozial und wirtschaftlich zu vollenden. Insbesondere die Erfahrungen der Ostdeutschen wollen wir für die anstehenden Transformationsprozesse in ganz Deutschland nutzen.“ Angesichts des bisher bekannten Personaltableaus müssen wir feststellen, dass die Ampel nur für westdeutsche Politiker*innen die grüne Welle bringt. Wenn selbst das Transformationsministerium unter Vize-Kanzler und Grünen-Parteichef Habeck keine Ostdeutschen in die Führung nimmt bleibt ein wichtiges Wahlversprechen der kommenden Regierungsparteien augenscheinlich schon jetzt gebrochen.“

DIE LINKE fordert die neue Ampel-Regierung auf, einen Regelungsvorschlag vorzulegen, der den in Artikel 36 Satz 1 des Grundgesetzes verlangten Länderproporz in einer Ost-Quote umsetzt. Das bedeutet, Repräsentation entsprechend ihres Anteils an der Bevölkerung - derzeit 16 Prozent. Für das Ampel-Kabinett wären das mindestens drei Minister*innen, angesichts des bisher bekannten Tableaus muss die SPD demnach mindestens zwei Minister*innen aus dem Osten benennen.

Rede von Wulf Gallert (DIE LINKE) zur Aktuellen Debatte der AfD-Fraktion „Illegale Einwanderung bekämpfen - Schutz der EU-Außengrenze unterstützen - Weiterreise nach Deutschland wirksam verhindern“ im Landtag von Sachsen-Anhalt am 18. November 2021

„Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte ist in etwa so verlaufen, wie ich es erwartet habe. Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Wenn es nur das Problem AfD geben würde - zum Charakter der Rede des Kollegen Kirchner hat der Kollege Erben nun alles gesagt, was man dazu sagen musste, dann hätte ich nicht hier vorn stehen müssen.

Das eigentliche Problem an der Debatte ist, dass sich mit den politischen Ansätzen, die sich hinter der Rede von Herrn Kirchner verbergen, die AfD und die mit ihr verbündeten Parteien inzwischen in Europa im Wesentlichen durchgesetzt haben. Das ist das Problem, warum man diese Debatte an dieser Stelle führen muss.

Über die Situation an der belarussisch-polnischen Grenze kann man viel reden.

Das hat geopolitische Aspekte.

Das hat friedens- oder militärpolitische Aspekte.

Das hat einen europapolitischen Aspekt.

Zumindest muss man Herrn Lukaschenko zugutehalten, dass er als absolut skrupelloser Diktator eines geschafft hat - er hat es geschafft, der Europäischen Union, der sogenannten westlichen Wertegemeinschaft, den Spiegel vorzuhalten und der Welt zu beweisen, dass sie, wenn es um ihre Wohlstandsgrenzen geht, auf diese Werte pfeift. Das ist das Desaster der jetzigen Situation, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zuallererst geht es aber um Tausende Menschen, die derzeit in den Grenzgebieten von Polen und Ungarn unter lebensbedrohlichen Umständen dahinvegetieren. Es gibt Tote. Natürlich, wenn man der AfD-Logik folgt, erfrieren die Menschen dort gerade nur deswegen, um uns mit medialen Bildern unter Druck zu setzen.

Wir haben die Situation, dass natürlich alle Leute darüber reden, ohne sich auch nur einmal im Spezifischen darum zu kümmern, woraus diese Situation resultiert und woher diese Menschen kommen. Eine Bundestagsabgeordnete der LINKEN aus Hamburg, Zaklin Nastic, war dort gewesen. Sie kommt ursprünglich aus Polen und hat gesagt, folgende Bevölkerungsgruppen sind betroffen.

Jesiden aus dem Nordirak, Kurden aus Syrien, Menschen aus Afghanistan und Menschen aus Jemen, das sind die fünf größten Menschengruppen, die dort existieren. Alle diese Gruppen fliehen aus Kriegsgebieten und vor ethnischer Verfolgung. Sie sind in unseren Diktionen, in unserem Sinne, sehr wohl asylberechtigt.

Und es sind vor allen Dingen Familien. Jetzt kenne ich schon wieder diese Argumentation von den Menschen, die hierherkommen und 5 000 Euro für einen Flug bezahlen. - Ja, so ist es. Und: Ja, die könnten doch und die sind doch nicht - - Ja, hat sich schon mal irgendjemand überlegt, wie argumentativ eigentlich diese Situation dargestellt wird? Also es sind Wirtschaftsflüchtlinge, die Armutsmigration machen. Aber gleichzeitig wirft man ihnen vor, dass sie 5 000 Euro für einen Flug bezahlen können, und dann auch gleich wieder zurück. Nein, das sind tatsächlich Menschen, die aus ethnischer Verfolgung und vor unmittelbarer Gefahr durch den Krieg fliehen. Und die vege-

tieren an den Außengrenzen der Europäischen Union. Und das ist nicht zu akzeptieren. Das ist das Desaster, über das wir hier zu reden haben.

Ich will mich mit der AfD jetzt gar nicht weiter auseinandersetzen; das hat sowieso keinen Zweck. Aber Herr Erben, Ihre Rede hatte einen ganz klaren Widerspruch.

Sie haben ganz klar gesagt, die prioritäre Aufgabe sei es, sich jetzt um die humanitäre Situation der 10 000 oder 15 000 Menschen in diesem Bereich zu kümmern. Und gleichzeitig bedanken Sie sich in der Tonalität eines Herrn Seehofer bei der polnischen Regierung für das, was sie jetzt tun.

Wissen Sie, was die polnische Regierung dort jetzt mit Militär tut? Illegale Pushbacks, Verfolgung der entsprechenden Menschen, Zurückweisung an der Grenze, Einsatz von Pfefferspray und Einsatz von Prügelei, das ist das, was an der polnischen Grenze passiert. Es passiert genau das Gegenteil dessen, was erforderlich wäre, dass die Menschen dort nämlich humanitär unterstützt werden. Und dafür sollen wir uns bedanken? - Nein, das gehört verurteilt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Und es ist inzwischen absurd. Es gibt ein Rechtsstaatsverfahren, das man gegen diese extrem nationalistisch-konservative PiS-Regierung in Polen anstrebt, weil sie die Unabhängigkeit der Justiz untergräbt. - Ja, das gibt es. Und die gleichen Leute, die das berechtigterweise politisch anstreben, bedanken sich bei der polnischen Regierung dafür, dass sie das Völkerrecht mit illegalen Pushbacks bricht. Das ist absurd, und das hat mit Glaubwürdigkeit nichts zu tun.

Und es tut mir als überzeugtem Europäer sehr weh, dass ich dies beobachten muss.

Deswegen brauchen wir hier eine andere Perspektive. Und es ist ja nun nicht so, dass es ausdrücklich nur Perspektiven der LINKEN dazu gibt. Nein, es ist der ehemalige Bundestagspräsident Schäuble, meines Wissens immer noch CDU-Bundestagsabgeordneter, der ausdrücklich sagt: Wir brauchen für die Menschen, die sich dort jetzt in diesem Grenzgebiet befinden, ein normales Asylverfahren. Und dieses Asylverfahrens wird es nur innerhalb der Grenzen der Europäischen Union geben können. Und deswegen müssen wir den Menschen die Möglichkeit geben, dieses Asylverfahren in der Europäischen Union durchführen zu können. Warum kann, wenn selbst ein Herr Schäuble zu einer solchen Position kommt, ein Au-

ßenminister Maas nicht wenigstens das Gleiche sagen? Das wäre seine verdammte Pflicht in diesem Augenblick.

Und dann steht natürlich die Frage: Wie kommen wir in der Europäischen Union überhaupt in eine solche Situation? Natürlich kommen wir deswegen in eine solche Situation, weil es in dieser Europäischen Union überhaupt keine Verständigung über legale Fluchtmöglichkeiten gibt. Das ist die Situation. Und weil es diese Verständigung nicht gibt, wird es immer und permanent eine solche potenziell erpresserische Situation geben.

Natürlich hat Lukaschenko von Erdogan oder von den Machthabern in Tripolis gelernt. Das System und das Verfahren ist überall dasselbe. Weil es keine legalen Möglichkeiten für die Menschen gibt, kann man sie als erpresserische Variante einsetzen und kann jedes Mal die Situation in dieser Art und Weise zuspitzen.

Was aber nebenbei passiert, das ist die Tatsache, dass es eine völlige Entmenschlichung dieser Flücht-

linge gibt. Sie werden als Munition bezeichnet. Sie werden als Waffen hybrider Kriegsführung bezeichnet. Sie werden in der Diktion, und zwar nicht der AfD, sondern des politischen Establishments eines Herrn Kretschmer und eines Herrn Seehofer entmenschlicht. Das ist die Situation, die wir fünf Jahre nach den Jahren 2015 und 2016 inzwischen haben. Und so bitter wie das ist, und so bitter wie ich das hier sagen muss: Das ist die Erkenntnis, dass sich die AfD im politischen Establishment mit ihrem Ansatz durchgesetzt hat. Das ist das, was wir hier erleben.

Das ist die Katastrophe und über die müssen wir reden. Wo ist diese westliche Wertegemeinschaft? - Nein, sie ist eine Wertegemeinschaft, die ihre Wohlstandsgrenzen verteidigt. Das ist das, was wir an der Grenze zwischen Polen und Belarus erleben. Die Werte der Europäischen Union werden tagtäglich mit jedem Toten dort neu verraten. Das ist die Katastrophe. Und das ist das, woran wir arbeiten müssen. Das ist unser Problem. Und darum geht es hier heute und um nichts anderes. - Danke.“

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 18./19.11.2021

Zur 4. Sitzungsperiode des neu gewählten Landtages standen 18 Themen auf der Tagesordnung, über die am 18. und 19. November debattiert und abgestimmt wurde.

#Pandemie

#Nachtragshaushalt

Die Landesregierung hat den Entwurf eines Nachtragshaushaltsbegleitgesetzes 2021 in den Landtag eingebracht. Einer der wesentlichen Punkte des Gesetzentwurfs ist die Einrichtung des Sondervermögens „Corona“ zur Bewältigung der Pandemiefolgen mit einem Volumen von 1,95 Milliarden Euro. Dieses soll durch die Zuführung von Mitteln aus dem Landeshaushalt finanziert werden. Die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen dafür sollen mit dem Entwurf eines zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes geschaffen werden, den die Landesregierung vorleg-

te. Ergänzt wurde dies mit einem Entschließungsantrag der Landesregierung zur Bekämpfung der unmittelbaren Auswirkungen der Pandemie vor. In diesem wird sich für die Aufnahme von Krediten in Höhe von 2,6 Milliarden Euro ausgesprochen.

Der finanzpolitische Sprecher Andreas Henke sagte in seinem Debattenbeitrag, dass sowohl die Bundesregierung als auch das Land Thüringen Milliardenkredite auf den Weg gebracht hätten, um die Pandemiefolgen abzufedern. Sachsen-Anhalt halte dagegen trotz der eingeplanten Corona-Schutzmaßnahmen immer noch an dem Prinzip der Schwarzen Null fest. Dass der Doppelhaushalt 2020/21 nicht geeignet wäre, allen notwendigen Aufgaben zur Stärkung des Gesundheitswesens, der Revitalisierung der Wirtschaft und der Gestaltungsfähigkeit der Städte und Gemeinden zu entsprechen, darauf hätte die Linksfraktion im Februar dieses Jahres hingewiesen und die Einrichtung eines Sondervermögens gefordert, das jetzt kom-

me. Und er kritisierte, dass die erste Erörterung im Kabinett vor fast einem Jahr stattgefunden hätte und der Nachtragshaushalt wesentlich eher hätte diskutiert werden müssen. Diese Auffassung teile übrigens auch der DGB, „der bereits im Juli 2020 mit seinem 3-Säulen-Konzept ‚Gesundheit schützen, Binnennachfrage stärken, Zukunftschancen gezielt nutzen‘ einen Nachtragshaushalt für coronabedingte impulsbedingte Kredite vorgeschlagen hatte“, so Andreas Henke weiter. Meine Fraktion werde den Nachtragshaushalt kritisch begleiten. Ein paar erste Einschätzungen: „Von den 60 Maßnahmen haben viele aus unserer Sicht unmittelbaren, andere nur mittelbaren Bezug zur Pandemie.“ Das müsse hinterfragt werden. Zur Stärkung der Kommunen sollte das Thema Investitionsförderung und Ausgleich von Steuerausfällen stärkere Beachtung erlangen.

Die Ausschüsse des Landtages werden in den nächsten Wochen über die Gesetzesvorhaben diskutieren.

#Gesundheit/Pflege

Die Pandemie ist nicht vorbei

Die Fraktion DIE LINKE hat mit einem Antrag die aktuelle Lage in der Corona-Pandemie thematisiert, die unserer Ansicht nach keineswegs vorbei sei, sondern sich dramatisch zuspitze. Die Inzidenzen bei Kindern zwischen 5 und 14 Jahren steigen rasant, gleichzeitig haben wir bedauerliche Todesfälle in Altenheimen. Dennoch hat das Land die Impfzentren geschlossen. Deshalb haben wir die Landesregierung unter anderem aufgefordert, ihre Aufklärungskampagne zum Impfen und zum Testen deutlich zu intensivieren.

Die gesundheitspolitische Sprecherin Nicole Anger dankte zu Beginn ihrer Rede allen Menschen, die sich tagtäglich an die Schutzmaßnahmen halten, sich impfen ließen und lassen, aufeinander Rücksicht nehmen. „Der Dank geht besonders an diejenigen, die im medizinischen, pflegenden und betreuenden Bereich tätig sind, auf deren Krafteinsatz und Wirken wir in dieser vierten Welle nun mehr denn je angewiesen sein werden.“

Das Instrument der Impfung bleibe das wichtigste, um weitere Mutationen zu verhindern und die Pandemie einzudämmen. Deshalb forderte Nicole Anger namens der Linken Fraktion eine Ausweitung der Impfkampagne mit intensiver Aufklärungsarbeit über die Impfung und eventuelle Nebenwirkungen. Dazu schla-

gen wir ein Informationspaket, eine Impfhotline, die Wiedereröffnung von Impfzentren, mobile Impfangebote insbesondere im ländlichen Raum, ohne dass diesen ein Mehraufwand droht. „Kommen die Menschen nicht zu den Impfungen, müssen die Impfungen zu den Menschen kommen.“, so Nicole Anger weiter. Impfverweigerer sind nicht nur eine Gefahr für sich selbst, sondern auch für unser Gesundheitssystem.

„Übertragungen des Virus können aber durch eine hohe Impfquote in der Bevölkerung wirklich effektiv unterbunden werden. Wir fordern daher ganz besonders mit Blick auf die vulnerablen Gruppen mindestens eine berufsgruppenbezogene Impfpflicht. Wir begrüßen es, dass sich nicht nur Wissenschaftlerinnen dazu bekennen, sondern dies auch die MPK endlich erkannt hat.“ Deshalb wird die Landesregierung aufgefordert, sich beim Bund für eine berufsspezifische Impfpflicht einzusetzen. Überall dort, wo Menschen gepflegt werden, müssen Mitarbeitenden sich ihrer moralischen Verantwortung bewusst sein, dies betrifft Kindertagesbetreuung, Jugendhilfeeinrichtungen, Schulen, Altenpflegeheime, Tagespflege, Krankenhäuser. Alle müssen regelmäßig getestet werden. Die Landesregierung wird aufgefordert, Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr eine Teilhabe am Leben gemäß 3-G-Regelung zu ermöglichen und von einer 2G-Lösung für diese Altersgruppe abzusehen. Schüler*innenausweise können dabei Nachweis für die Testungen sein.

Dieser Antrag sowie ein Antrag der Fraktion Bündnis90/Grüne zum gleichen Thema wurde zur Diskussion in die Fachausschüsse überwiesen.

#Energiepreise

Niemand soll frieren - Energiepreise jetzt deckeln, Mehrwertsteuer senken!

Die angespannte Weltmarktlage mit anhaltenden Preissteigerungen für Gas lassen die Ausgaben privater Haushalte und Verbraucher*innen für Energie, Heizen, Brenn- und Kraftstoff unaufhörlich steigen. Darüber hatte der Landtag auf Initiative der Linken bereits im Oktober debattiert. „Diese Preisspirale gefährdet alle, die für niedrige Löhne schufteten, unter Armut leiden, wegen Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit Einkommensverluste erleiden oder aus anderen Gründen jeden Euro zweimal umdrehen müssen. All diese Menschen können die hohen Energiepreise nicht mehr verkraften. Energie droht zum Luxusgut zu werden. In

der nun anstehenden kalten Jahreszeit hat das zur Folge, dass Menschen frierend zuhause sitzen müssen“, sagte die für Energie und Verbraucherschutz zuständige Sprecherin Kerstin Eisenreich.

In Anbetracht der Initiativen in Frankreich, Italien oder Spanien forderte sie die Landesregierung zu entschlossenem Handeln bei der spürbaren und unverzüglichen Entlastung der Verbraucher*innen auf. Dazu bedarf es für den Winter Sofortmaßnahmen, damit für alle privaten Haushalte eine bezahlbare Energieversorgung sichergestellt wird, als auch langfristiger Maßnahmen im Sinne der Daseinsfürsorgepflicht des Staates.

So müssten die Regelsätze für Bezieher*innen von Grundsicherungsleistungen endlich den tatsächlichen Bedarf abbilden und entsprechend steigen. Der Mehrwertsteuersatz auf Energiepreise solle zugunsten privater Haushalte und Verbraucher*innen von 19 Prozent auf mindestens 7 Prozent abgesenkt wird. Auch die Stromsteuerabsenkung von 2,05 Ct/kWh auf 0,1 Ct/kWh soll forciert werden. Nur so wird bei weiterhin steigenden Energiepreisen gewährleistet, dass der Zugang zu bezahlbarer Energie für alle ermöglicht wird. Gleichzeitig soll entsprechend der Haushaltsgröße möglichst ein kostenfreies oder sehr kostengünstiges Grundkontingent an Energie bereitgestellt werden und die Preise dann mit zunehmenden Verbräuchen ansteigen. Denn es sei ja weder gerecht noch ökologisch sinnvoll, dass derzeit die Tarife mit zunehmendem Verbrauch sinken.

Der Antrag wurde zusammen mit einem Alternativantrag von Bündnis90/Grüne in mehrere Fachausschüsse überwiesen.

#Umweltschutz

Sofortiger Einlagerungsstopp für die Deponie Roitzsch - Müllimporte begrenzen

Die Deponie in Roitzsch war bereits in der letzten Legislaturperiode ein Dauerthema im Landtag. Ein neues Gutachten der Stadt Sandersdorf-Brehna liegt vor und sagt aus: Schadstoffe können damit aus der Deponie unkontrolliert austreten. Damit ist eine Belastung des Schicht- und Grundwassers vorgezeichnet. Vor diesem Hintergrund sehen wir akuten Handlungsbedarf, um die Menschen vor Ort vor weiteren Umweltverschmutzungen zu schützen. Das betonte der umweltpolitische Sprecher Hendrik Lange und sagte unter anderem: „Damit das Grundwasser und der

Roitzscher See nicht in Mitleidenschaft gezogen werden, fordern wir einen sofortigen Einlagerungsstopp. Neben der akuten Gefahr zeigt das Gutachten eklatante Fehler im Genehmigungsverfahren auf, die die Schlussfolgerung zulassen, dass die Genehmigung nie hätte erteilt werden dürfen. Es braucht eine Überprüfung der Genehmigung mit den neuen Erkenntnissen und eine Überprüfung der Basisabdichtung.“

Gleichzeitig hat die Linksfraktion erneut den Gesetzentwurf zur Änderung des Abfallgesetzes vorgelegt, der in der vergangenen Legislatur nicht mehr behandelt wurde. Das Landesverwaltungsamt als obere Abfallbehörde soll künftig die Genehmigungen für die Deponien aller Deponieklassen erteilen, wengleich Hendrik Lange im Zusammenhang mit der Deponie Roitzsch kritisch anmerkte: „Mit Blick auf das Gutachten könnte man fragen, warum wir gerade dem Landesverwaltungsamt noch die Genehmigungsverfahren für die Deponieklassen 1 und 0 anvertrauen wollen.“ Es wäre jedoch viel besser, wenn die Genehmigungsbehörde Gutachten unabhängig beauftragt und dafür eine Gebühr einnimmt. Außerdem müssten die Menschen von Anfang an einbezogen werden. „Die Menschen vor Ort akzeptieren nicht, dass Firmen mit Asbest aus Italien viel Geld verdienen, während man ihnen den Müll vor die Füße kippt und sie mit den Folgen leben müssen.“ Immerhin könnten wir Müllimporte aus anderen Bundesländern einschränken.

+ + kurz berichtet + +

Kommunale Parkraumbewirtschaftung

Die Fraktion Bündnis90/Grüne beantragte, die Deckelung der Parkgebühren aufzuheben, da diese nicht mehr zeitgemäß sei. DIE LINKE hat einen Alternativantrag vorgelegt, weil die Idee der Grünen einseitig die Situation betrachtet. Dazu sagte der verkehrspolitische Sprecher Guido Henke, dass die kommunale Mobilitätswende durch eine Stärkung des ÖPNV erreicht werden müsse. „Es geht um Grundsätzlicheres als die zusätzliche kommunale einnahmen- und kostengesteuerte Verkehrslenkung in den Gemeinden. Böse gesprochen hieße das: freie Fahrt für Reiche, Arme parken am Rand. - Das lehnen wir als LINKE ab.“ Die Anträge wurden in den Fachausschuss überwiesen.

Kostenfreies KiTa- und Schulesen

Mit einem umfangreichen Alternativantrag hat DIE LINKE auf einen Antrag der AfD reagiert.

Die familienpolitische Sprecherin Monika Hohmann zerlegte den Antrag und zeigte vor allem, dass dieser im völligen Widerspruch zum sonstigen Agieren bei bildungspolitischen Fragen stehe.

Zudem fordere DILINKE seit Jahren eine kostenlose Essensversorgung für alle Kinder und Jugendlichen in Kitas und Schulen. „Meine Fraktion hatte bereits in der letzten Wahlperiode einen Antrag zur gesunden Ernährung von Kita- und Schulkindern und darüber hinaus zur Förderung der regionalen Versorgung eingebracht. Da damals nicht alle Vorschläge berücksichtigt werden konnten, haben wir einige hiervon erneut aufgegriffen“, sagte Monika Hohmann. Durch die Mehrheit wurde allerdings ein sehr magerer

Alternativantrag der Koalitionsfraktionen angenommen.

Gedenken zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen

Jährlich wird am 25. November der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen begangen. Landesfrauenrat und der Landtag führen dazu traditionell eine gemeinsame Gedenkstunde durch. Abgeordnete des Landtages setzten auch in diesem Jahr gemeinsam mit Vertreterinnen des landesweiten Netzwerks für ein Leben ohne Gewalt und der Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Petra Grimm-Benne, ein deutliches Zeichen gegen geschlechtsspezifische Gewalt.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 24. November 2021

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im November 2021 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de.

Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.

Standpunkt

In Berlin ist allerhand los, was zur Meinungsäußerung herausfordert. Der Berliner Senat unter F. Giffey verspricht mehr sozialen Gewinn; unsere linken Verhandlungspartner haben dafür gesorgt. Der Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co“ ist auf eine ziemlich lange Bank geraten, aber nicht verschwunden; in einem Jahr und sicher auch zwischendurch wird wieder davon zu reden sein. Wachsamkeit ist angesagt!

Erstaunlich ist, dass man in Berlin eine Straße nach dem Nazi-Jungmädchen Gisela Gneist benennen will. Sieht so nachhaltige Aufarbeitung der faschistischen deutschen Vergangenheit aus?

Ist das bewusste Geschichtsvergessenheit? Ähnliches befürchte ich auch bei der Berliner Künstlerin, die E. Thälmann in Berlin „Vom Sockel denken“ möchte. Sie hätte nur mal an den wichtigen Satz von ihm und seiner DKP denken sollen, der vor der Gefahr des Krieges warnte: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, und wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ Hat sie ihn vergessen? Die traurige Wahrheit dieses Satzes hat die Welt und zur Genüge auch Deutschland erleben müssen. Da die Kassen der Rüstungskonzerne zur Zeit wieder ordentlich klingeln - und da wir schon mal bei der Historie sind - , sollten wir uns auch die Karikatur J. Heartfields ins Gedächtnis rufen, die über den Sinn des Hitlergrußes aufklärt und wieder mehr über den Sinn des Friedens nachdenken lässt, etwa im Sinne B. Brechts, der ein „Friedenslied“ verfasst hat. (Vielleicht erinnert ihr euch auch noch daran, wie es von Gisela May gesungen worden ist.) Hier ist es und soll meinen Standpunkt beschließen:

(LW)

Bertolt Brecht (Nach Pablo Neruda)

Friedenslied

Friede auf unserer Erde!
Friede auf unserem Feld!
Dass es auch immer gehöre
Dem, der es gut bestellt!

Friede in unserem Lande!
Friede in unserer Stadt!
Dass sie den gut behause,
Der sie gebauet hat!

Friede in unserem Hause!
Friede im Haus nebenan!
Friede dem friedlichen Nachbarn,
Dass jedes gedeihen kann!

Friede der Frau und dem Manne!
Friede dem Greis und dem Kind!
Friede der See und dem Lande,
Dass sie uns günstig sind!